

N° 1128.

AUTRICHE ET SUISSE

Traité sur l'application des traités antérieurs en matière de relations juridiques, avec protocole final, signés à Berne, le 25 mai 1925, et deux échanges de notes y relatifs, Berne, le 6 mars 1926.

AUSTRIA AND SWITZERLAND

Treaty regarding the Application of Previous Treaties concerning Legal Relations, with Final Protocol, signed at Berne, May 25, 1925, and two Exchanges of Notes relating thereto, Berne, March 6, 1926.

TEXTE ALLEMAND. — GERMAN TEXT.

No. 1128. — VERTRAG¹ ZWISCHEN DER SCHWEIZ UND ÖSTERREICH
 ÜBER DIE ANWENDUNG FRÜHERER DEN RECHTSVERKEHR
 BETREFFENDER VERTRÄGE, ABGESCHLOSSEN IN BERN AM
 25. MAI 1925.

Texte officiel allemand communiqué par le Conseil fédéral suisse. L'enregistrement de ce traité a eu lieu le 22 mars. 1926.

German official text communicated by the Swiss Federal Council. The registration of this Treaty took place March 22, 1926.

DER BUNDESRAT DER SCHWEIZERISCHEN EIDGENOSSENSCHAFT und DER BUNDESPRÄSIDENT DER REPUBLIK ÖSTERREICH haben in der übereinstimmenden Absicht, die zwischen der Schweiz und der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie geschlossenen Verträge zur Regelung der Niederlassungsverhältnisse, über die gegenseitige Auslieferung von Verbrechern und über die Beglaubigung von Urkunden zwischen der Schweiz und der Republik Österreich anwendbar zu machen, beschlossen zu diesem Zwecke einen Vertrag abzuschliessen und haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt.

DER BUNDESRAT DER SCHWEIZERISCHEN EIDGENOSSENSCHAFT :

Herrn Bundesrat Giuseppe MOTTA, Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements,

DER BUNDESPRÄSIDENT DER REPUBLIK ÖSTERREICH :

Herrn Dr Leo DI PAULI, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Bern,

die nach Vorweisung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten über folgende Bestimmungen übereingekommen sind :

Artikel I.

Die zwischen der Schweiz und der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie geschlossenen Staatsverträge² vom 7. Dezember 1875, zur Regelung der Niederlassungsverhältnisse, vom 10 März 1896, über die gegenseitige Auslieferung von Verbrechern³, und vom 21. August 1916⁴, über die Beglaubigung der von öffentlichen Behörden der Schweiz oder Österreichs ausgestellten oder beglaubigten Urkunden, werden von den vertragschliessenden Teilen angewendet werden.

¹ L'échange des instruments de ratification a eu lieu à Berne, le 6 mars 1926. Conformément à l'article 2, alinéa second, le traité est entré en vigueur le jour après l'échange des instruments de ratification, soit le 7 mars 1926.

² DE MARTENS, *Nouveau Recueil général de Traités*, deuxième série, tome II, page 69.

³ DE MARTENS, *Nouveau Recueil général de Traités*, deuxième série, tome XXIII, page 244.

¹ The exchange of ratifications took place at Berne, March 6, 1926. In conformity with Article 2, second paragraph, the Treaty came into force on the day following the exchange of ratifications *i.e.*, March 7, 1926.

² *British and Foreign State Papers*, Vol. 66, page 507.

³ *British and Foreign State Papers*, Vol. 88, page 355.

⁴ *British and Foreign State Papers*, Vol. 110, page 775.

Artikel 2.

Der gegenwärtige Vertrag wird sobald als möglich ratifiziert und die Ratifikationsurkunden werden in Bern ausgetauscht werden.

Der gegenwärtige Vertrag tritt am Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Wirksamkeit und bleibt solange in Geltung, als er nicht von einem der vertragschliessenden Teile gekündigt wird. In diesem Falle tritt er nach Ablauf von 6 Monaten nach dem Tage ausser Kraft, an dem die Kündigung dem andern vertragschliessenden Teile bekannt gegeben worden ist.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und ihre Siegel beigefügt.

So geschehen zu Bern, in doppelter Urschrift, den fünfundzwanzigsten Mai 1925.

(L. S.) (gez.) MOTTA.

(L. S.) (gez.) DI PAULI.

SCHLUSSPROTOKOLL

ZUM STAATSVERTRAG ZWISCHEN DER SCHWEIZERISCHEN EIDGENOSSENSCHAFT
UND DER REPUBLIK ÖSTERREICH VOM 25. MAI 1925.

Bei der Unterzeichnung des am heutigen Tage zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Österreich abgeschlossenen Staatsvertrages haben die unterzeichneten Bevollmächtigten die folgenden Erklärungen abgegeben, die einen integrierenden Teil des Vertrages selbst bilden sollen :

Die Eidgenössische Regierung erachtet die österreichischen Passvorschriften als dem Vertrage nicht widersprechend und erhebt keine Einwendung dagegen, dass österreichischerseits Antritt und Betrieb eines Gewerbes durch schweizerische Staatsangehörige von einer förmlichen Zulassung durch die politischen Landesbehörden im Sinne des § 8, Abs. 2. der österreichischen Gewerbeordnung abhängig gemacht wird. Es besteht jedoch Einverständnis, dass eine bereits erfolgte Zulassung, bzw. ein früher auf Grund des § 8, Abs. 1, der österreichischen Gewerbeordnung erfolgter Antritt und Betrieb eines Gewerbes als erworbenes Recht betrachtet wird.

Die Österreichische Bundesregierung erachtet die zurzeit in der Schweiz hinsichtlich des Aufenthaltes und der Niederlassung fremder Staatsangehöriger ergriffenen Massnahmen als mit den Bestimmungen des Vertrages nicht in Widerspruch stehend. Es besteht aber Einverständnis, dass jene österreichischen Staatsangehörigen ohne weiteres als fremdenpolizeilich zugelassen gelten, deren Niederlassung in der Schweiz aus der Zeit vor dem Beginne der Fremdenkontrolle stammt, und dass österreichische Staatsangehörige nach erteilter Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligung in der Schweiz mit Ausnahme des Apotheker- und Hausiergewerbes im Genusse der Handels- und Gewerbebefreiheit gemäss Artikel 31 der schweizerischen Bundesverfassung stehen, sofern ihnen die Bewilligungsvorschriften und Bewilligungsbedingungen in dieser Hinsicht keine Beschränkungen auferlegen.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieses Schlussprotokoll unterzeichnet und ihm ihre Siegel beigedrückt.

BERN, den *fünfundzwanzigsten Mai* 1925.

(L. S.) (gez.) MOTTA.

(L. S.) (gez.) DI PAULI.

NOTE DES EIDGENÖSSISCHEN DEPARTEMENTS AN DEN ÖSTERREICHISCHEN GESANDTEN IN BERN.

Anlässlich des Austausches der Ratifikationsurkunden zum Staatsvertrage zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Österreich vom 25. Mai 1925 beehrt sich der unterfertigte Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements zu bestätigen, dass der Schweizerische Bundesrat und die Österreichische Bundesregierung über folgende Bestimmungen übereingekommen sind :

1. Die nachstehend bezeichneten internationalen Übereinkommen finden im Verhältnisse zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Österreich Anwendung, und zwar :
 - a) Gegenseitigkeitserklärung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Österreichisch-Ungarischen Regierung vom 16. Februar/7. März 1885 betreffend die Vollstreckung der Zivilurteile aus Österreich-Ungarn im Kanton Waadt und jener aus dem Kanton Waadt in Österreich-Ungarn, ergänzt durch die Gegenseitigkeitserklärung zwischen dem Staatsrate des Kantons Waadt und der Österreichischen Regierung vom 9. März/10. Dezember 1897.
 - b) Gegenseitigkeitserklärung zwischen dem Regierungsrate des Kantons Zürich und der Österreichischen Regierung vom 31. Jänner /14. März 1907 über die Vollstreckung von Zivilurteilen.
 - c) Gegenseitigkeitserklärung zwischen dem Regierungsrate des Kantons St.Gallen und der Österreichischen Regierung vom 30. Dezember 1908/19 Februar 1909 über die Vollstreckung von Zivilurteilen.
 - d) Übereinkunft¹ zwischen der Schweiz und Österreich-Ungarn vom 29. Oktober 1885 über die gegenseitige Zulassung der an der Grenze domizilierten Medizinalpersonen zur Berufsausübung.
 - e) Übereinkommen² zwischen den Regierungen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Österreichisch - Ungarischen Monarchie vom 21./28. Oktober 1887 wegen gegenseitiger Übernahme ihrer ehemaligen Staatsangehörigen.
 - f) Schweizerisch-österreichische Gegenseitigkeitserklärung³ vom Jahre 1898 betreffend die Auslieferung wegen Androhung gewaltsamer Handlungen gegen Personen.
 - g) Übereinkommen⁴ vom 30. Dezember 1899 betreffend den Korrespondenzverkehr zwischen den österreichischen Gerichten und Staatsanwaltschaften einerseits und den schweizerischen Gerichtsbehörden andererseits, mit der Massgabe, dass im Art. II die Anführung der Gerichtshöfe und Staatsanwaltschaften Prag, Brünn und Triest wegzufallen hat und dass weiter dem Verzeichnisse der schweizerischen Gerichtsbehörden, denen der direkte Verkehr in Rechtshilfesachen mit den österreichischen Gerichten in Gemässheit des Übereinkommens gestattet ist, beizufügen sind : das schweizerische Bundesgericht in Lausanne, das schweizerische Versicherungsgericht in Luzern, die schweizerische Bundesanwaltschaft in Bern und die Polizeibehörde des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements in Bern.
 - h) Übereinkommen vom 6. Mai/17. Dezember 1910 betreffend den Korrespondenzverkehr zwischen dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement und den österreichischen Provinzialbehörden.
 - i) Österreichisch-schweizerisches Übereinkommen⁵ vom 15. März 1911 betreffend das gegenseitige Rückschubsrecht auf der Eisenbahnlinie St. Margrethen- Bregenz.
2. Die österreichisch-schweizerische Gegenseitigkeitserklärung vom Jahre 1921 betreffend die Auslieferung exterritorialer Personen wird erneuert.
3. Es wird festgestellt, dass das durch die Verordnungen des ehemaligen österreichischen Justizministeriums vom 27. Mai 1914 und vom 2. August 1918 bzw. durch die Beschlüsse des schweizerischen Bundesrates vom 10 Juli 1914 und vom 25. Oktober 1918 begründete Gegenseitigkeitsverhältnis auf dem Gebiete des Urheberrechtsschutzes von

¹ DE MARTENS, *Nouveau Recueil général de Traités*, deuxième série, tome XIV, page 345.

² DE MARTENS, *Nouveau Recueil général de Traités*, deuxième série, tome XIV, page 383.

³ DE MARTENS, *Nouveau Recueil général de Traités*, deuxième série, tome XXIX, page 206.

⁴ DE MARTENS, *Nouveau Recueil général de Traités*, deuxième série, tome XXIX, page 490.

⁵ DE MARTENS, *Nouveau Recueil général de Traités*, troisième série, tome VII, page 896.

dem Zeitpunkte der Auflösung der Österreichisch-Ungarischen Monarchie bis zum Beitritt der Republik Österreich zu der am 13. November 1908 revidierten Berner Übereinkunft¹ zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst, d. i. bis einschliesslich 30. September 1920, bestanden hat.

Indem der Unterzeichnete der Übersendung einer gleichartigen Gegennote entgegensieht, benützt er den Anlass zur erneuten Versicherung seiner ausgezeichneten Hochachtung.

BERN, den 6. März 1926.

(gez.) MOTTA.

Anmerkung. — Eine gleichlautende Note der österreichischen Gesandtschaft in Bern ist unter dem gleichen Datum vom österreichischen Gesandten dem Vorsteher des eidgenössischen Politischen Departements übergeben worden.

NOTE DES EIDGENÖSSISCHEN POLITISCHEN DEPARTEMENTS AN DEN ÖSTERREICHISCHEN
GESANDTEN IN BERN.

Anlässlich des Austausches der Ratifikationsurkunden zum Staatsvertrage zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Österreich vom 25. Mai 1925 beehrt sich der unterfertigte Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements zu bestätigen, dass der Schweizerische Bundesrat und die Österreichische Bundesregierung über folgende Bestimmungen, betreffend die Regelung des Verfahrens bei der Übergabe und Übernahme von Verbrechern an der schweizerisch-österreichischen Grenze zum Zwecke einer Auslieferung, einer vorübergehenden Übergabe oder einer Durchlieferung, übereingekommen sind :

1. Der Schweizerische Bundesrat bestimmt die folgenden Orte und Behörden zur Übernahme von Verbrechern, die zur Auslieferung, zur vorübergehenden Übergabe oder zur Durchlieferung aus Österreich unmittelbar nach der Schweiz geleitet werden :

Laufende Nummer	Bezeichnung des schweizerischen Übernahmeortes	Bezeichnung der schweizerischen Übernahmebehörde	Bezeichnung des österreichischen Grenzortes
1	Rorschach	Bezirksamt Rorschach	Bregenz
2	Buchs	Bezirksamt Werdenberg in Buchs	Feldkirch

2. Das Bundeskanzleramt der Republik Österreich bestimmt die folgenden Orte und Behörden zur Übernahme von Verbrechern, die zur Auslieferung, zur vorübergehenden Übergabe oder zur Durchlieferung aus der Schweiz unmittelbar nach Österreich geleitet werden :

Laufende Nummer	Bezeichnung des österreichischen Übernahmeortes	Bezeichnung der österreichischen Übernahmebehörde	Bezeichnung des schweizerischen Grenzortes
1	Feldkirch	Bezirkshauptmannschaft Feldkirch	Buchs
2	Bregenz	Bezirkshauptmannschaft Bregenz	Rorschach
3	Pfunds-Stuben	Bezirksgericht Ried in Tirol	Martinsbruck

3. Die Bestimmung eines der angegebenen Übernahmeorte Einzelfalle bleibt, wenn der Verbrecher nach der Schweiz geleitet werden soll, den österreichischen Behörden, wenn er aber nach Österreich geleitet wird, den schweizerischen Behörden vorbehalten.

¹ Vol. I, page 217; vol. III, page 259; vol. XI, page 358; vol. XXIV, page 138 et vol. XLV, page 95 de ce recueil.

¹ Vol. I, page 217; Vol. III, page 259; Vol. XI, page 358; Vol. XXIV, page 138 and Vol. XLV, page 95 of this Series.

4. Die Übergabe des Verbrechers hat im Übernahmeort an die Übernahmebehörde zu geschehen. Befindet sich die Übernahmebehörde nicht im Übernahmeort oder handelt es sich um einen Eisenbahntransport, so hat die Übergabe an das hiezu angewiesene Sicherheitsorgan (Gendarm, Finanzwache, Polizeibeamter, Polizist) zu geschehen, und zwar bei einem Eisenbahntransport in der betreffenden Bahnstation.

5. Bei Auslieferung an die Schweiz soll das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement in Bern regelmässig von dem bevorstehenden Eintreffen des Verbrechers an dem Übernahmeort derart benachrichtigt werden, dass zwischen dem Tag, an dem diese Benachrichtigung beim Justiz- und Polizeidepartement eintrifft, und dem Tage der Ankunft des Verbrechers am Übernahmeort mindestens 3 Tage liegen.

Das Justiz- und Polizeidepartement in Bern wird die schweizerische Übernahmebehörde und die verfolgende schweizerische Behörde entsprechend verständigen.

Kann die bereits angekündigte Übergabe eines Verbrechers an die schweizerische Übernahmebehörde infolge plötzlicher Erkrankung des Auszuliefernden oder aus einem andern Grunde zur angesagten Zeit nicht bewerkstelligt werden, so ist hievon das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement in Bern unverzüglich unmittelbar — nötigenfalls im telegraphischen Wege — zu verständigen.

Bei Auslieferungen an Österreich soll die für den in Betracht kommenden Übernahmeort zuständige Übernahmebehörde regelmässig von dem bevorstehenden Eintreffen des Verbrechers derart benachrichtigt werden, dass zwischen dem Tag, an dem diese Benachrichtigung bei der Übernahmebehörde eintrifft, und dem Tage der Ankunft des Verbrechers am Übernahmeort mindestens ein voller Tag liegt.

Diese Verständigungen sind insbesondere erforderlich, wenn es sich bei Eisenbahntransporten darum handelt, die Ablösung des Geleitorgans des einen Teiles durch das Organ des andern Teiles im betreffenden Bahnhofe sofort beim Eintreffen des Zuges derart zu sichern, dass der unmittelbare Anschluss nicht versäumt werde.

6. Wenn ein Verbrecher zum Zwecke der Auslieferung oder vorübergehenden Übergabe an die Grenze zu bringen ist, so genügt es zur Sicherung seiner Übernahme durch die betreffende Übernahmebehörde, wenn aus den Begleitpapieren die Tatsache hervorgeht, dass eine Strafjustizbehörde des übernehmenden Staates die Auslieferung oder vorübergehende Übergabe im diplomatischen Wege verlangt hat und die betreffende Strafjustizbehörde angegeben ist.

7. Soll dagegen ein Verbrecher zum Zwecke der Durchlieferung an einen dritten Staat an die Grenze gebracht werden, so ist seine Übernahme durch die zuständige Übernahmebehörde erst zulässig, nachdem die Regierung des Staates, über dessen Gebiet der Transport erfolgen soll, nach Bewilligung des Durchtransportes die zur Sicherung der Übernahme erforderlichen Massnahmen getroffen hat.

Die Behörde, in deren Verwahrung der Verbrecher ist, darf diesen erst an die Grenze bringen, nachdem sie davon verständigt wurde, dass die Übernahme gesichert ist.

8. Werden mit dem Verbrecher *corpora delicti*, auszufolgende Akten oder andere Gegenstände übergeben so hat sie die Übernahmebehörde zu übernehmen und ihre sichere Weiterbeförderung zu besorgen.

Indem der Unterzeichnete der Übersendung einer gleichartigen Note entgegensieht, benützt er den Anlass zur erneuten Versicherung seiner ausgezeichneten Hochachtung.

BERN, den 6. März 1926.

(gez.) MOTTA.

Anmerkung. — Eine gleichlautende Note der österreichischen Gesandtschaft in Bern ist unter dem gleichen Datum vom österreichischen Gesandten dem Vorsteher des eidgenössischen Politischen Departements übergeben worden.

Für getreue Abschrift:
Bern, den 20. März 1926.

Der Bundeskanzler,
KÆSLIN.

¹ TRADUCTION.

N^o 1128. — TRAITÉ ENTRE L'AUTRICHE ET LA SUISSE, SUR L'APPLICATION DES TRAITÉS ANTÉRIEURS EN MATIÈRE DE RELATIONS JURIDIQUES, SIGNÉ A BERNE, LE 25 MAI 1925.

LE CONSEIL FÉDÉRAL DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE et LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE, animés du même désir de rendre applicables entre la Suisse et la République d'Autriche les traités conclus entre la Suisse et l'ancienne Monarchie austro-hongroise concernant le règlement des conditions d'établissement, l'extradition réciproque des malfaiteurs et la légalisation des actes publics, ont décidé de conclure à cet effet un traité, et ont désigné leurs plénipotentiaires, savoir :

LE CONSEIL FÉDÉRAL DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE :

Monsieur Giuseppe MOTTA, conseiller fédéral, chef du Département politique fédéral ;

LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE,

Monsieur le D^r Leo DI PAULI, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à Berne,

Lesquels, après s'être fait connaître leurs pleins pouvoirs, reconnus en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes :

Article premier.

Les traités conclus entre la Suisse et l'ancienne Monarchie austro-hongroise, le 7 décembre 1875, concernant le règlement des conditions d'éta-

¹ Communiquée par le Conseil fédéral suisse.

² Traduit par le Secrétariat de la Société des Nations.

² TRANSLATION.

No. 1128. — TREATY BETWEEN AUSTRIA AND SWITZERLAND REGARDING THE APPLICATION OF PREVIOUS TREATIES CONCERNING LEGAL RELATIONS, SIGNED AT BERNE, MAY 25, 1925.

THE FEDERAL COUNCIL OF THE SWISS CONFEDERATION and THE PRESIDENT OF THE AUSTRIAN REPUBLIC, being equally desirous of making applicable, as between Switzerland and the Austrian Republic, the treaties concluded between Switzerland and the former Austro-Hungarian Monarchy regarding the regulation of conditions of establishment, the reciprocal extradition of criminals and the legalisation of official documents, have resolved to conclude a Treaty for that purpose and have appointed as their Plenipotentiaries :

THE FEDERAL COUNCIL OF THE SWISS CONFEDERATION :

Monsieur Giuseppe MOTTA, Federal Councillor, Head of the Federal Political Department ;

THE PRESIDENT OF THE AUSTRIAN REPUBLIC :

Dr. Leo DI PAULI, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary at Berne ;

Who, having communicated to each other their full powers, found in good and due form, have agreed upon the following provisions :

Article 1.

The Treaties concluded between Switzerland and the former Austro-Hungarian Monarchy on December 7, 1875, regarding the regulation

¹ Communicated by the Swiss Federal Council.

² Translated by the Secretariat of the League of Nations.

blissement, le 10 mars 1896, concernant l'extradition réciproque des malfaiteurs et, le 21 août 1916, concernant la légalisation des actes publics établis par les autorités suisses ou autrichiennes, seront appliqués par les Parties contractantes.

Article 2.

Le présent traité sera ratifié aussitôt que possible et les instruments de ratification en seront échangés à Berne.

Le présent traité entrera en vigueur le jour après l'échange des instruments de ratification et demeurera en vigueur tant qu'il n'aura pas été dénoncé par l'une des Parties contractantes. Dans ce cas, il cessera de déployer ses effets à l'expiration du délai de six mois à partir du jour où la dénonciation aura été notifiée à l'autre Partie contractante.

En foi de quoi, les plénipotentiaires ont signé le présent traité et l'ont revêtu de leurs sceaux.

Ainsi fait à Berne, en double exemplaire, le 25 mai 1925.

(L. S.) (Signé) MOTTA.

(L. S.) (Signé) DI PAULI.

PROTOCOLE FINAL

DU TRAITÉ ENTRE LA CONFÉDÉRATION SUISSE
ET LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE DU
25 MAI 1925.

A l'occasion de la signature du traité conclu aujourd'hui entre la Confédération suisse et la République d'Autriche, les plénipotentiaires soussignés ont formulé les déclarations suivantes, qui font partie intégrante du traité lui-même :

Le Gouvernement suisse considère que les prescriptions autrichiennes sur les passeports ne sont pas contraires au traité et il n'élève pas d'objection à ce que, du côté autrichien, le choix et l'exercice d'un métier par des ressortissants

of conditions of establishment, on March 10, 1896, regarding the reciprocal extradition of criminals, and on August 21, 1916, regarding the legalisation of documents drawn up or authenticated by the public authorities of Switzerland or Austria, shall be applied by the Contracting Parties.

Article 2.

The present Treaty shall be ratified as soon as possible and the instruments of ratification shall be exchanged at Bern.

The present Treaty shall come into force on the day after the exchange of the instruments of ratification, and shall remain in force until denounced by one of the Contracting Parties. In the latter case, it shall cease to be effective after the expiry of six months from the day upon which the denunciation was communicated to the other Contracting Party.

In faith whereof the Plenipotentiaries have signed the present Treaty and have thereto affixed their seals.

Done at Bern, in duplicate, the twenty-fifth day of May, 1925.

(L. S.) (Signed) MOTTA.

(L. S.) (Signed) DI PAULI.

FINAL PROTOCOL

TO THE TREATY OF MAY 25, 1925, BETWEEN
THE SWISS CONFEDERATION AND THE AUSTRIAN REPUBLIC.

In signing this day the Treaty concluded between the Swiss Confederation and the Austrian Republic, the undersigned Plenipotentiaries have made the following declarations, which shall constitute an integral part of the Treaty :

The Federal Government does not consider the Austrian passport regulations as contrary to the Treaty, and raises no objection to Austria making the choice and exercise of a trade by a Swiss national dependent upon a

suisses soient subordonnés à une autorisation formelle des autorités politiques de l'Etat, au sens du § 8, al. 2, de l'Ordonnance autrichienne sur les métiers (*Gewerbeordnung*). Il demeure cependant entendu qu'une admission préalable, c'est-à-dire l'autorisation accordée précédemment d'entreprendre et d'exercer un métier, conformément au § 8, al. 1^{er} de l'Ordonnance autrichienne sur les métiers, sera considérée comme un droit acquis.

Le Gouvernement fédéral autrichien considère que les prescriptions actuellement en vigueur en Suisse concernant le séjour et l'établissement de ressortissants étrangers ne sont pas contraires aux dispositions du traité. Il reste cependant entendu que les ressortissants autrichiens établis en Suisse avant que le contrôle des étrangers ait été institué seront considérés, sans autre, comme remplissant les conditions requises au point de vue de la police des étrangers et que les ressortissants autrichiens se trouvant au bénéfice d'une autorisation de séjour ou d'établissement en Suisse jouiront, sous réserve des dispositions applicables à l'exercice de la profession de pharmacien et de colporteur, de la liberté de commerce et d'industrie, conformément à l'article 31 de la Constitution fédérale, dans la limite où les prescriptions et conditions se rapportant à l'autorisation octroyée ne leur imposent pas de restrictions.

En foi de quoi les plénipotentiaires des deux Etats ont signé le présent protocole final et y ont apposé leurs sceaux.

BERNE, le 25 mai 1925.

(L. S.) (Signé) MOTTA.

(L. S.) (Signé) DI PAULI.

NOTE DU DÉPARTEMENT POLITIQUE FÉDÉRAL
AU MINISTRE D'AUTRICHE A BERNE.

A l'occasion de l'échange des instruments de ratification du Traité qui a été conclu, le 25 mai 1925, entre la Confédération suisse et la République d'Autriche, le soussigné, chef du Département politique fédéral, a l'honneur de confirmer que le Conseil fédéral suisse et la

formal authorisation by the political authorities in the sense of paragraph 8, second section of the Austrian Decree on Trades and Professions (*Gewerbeordnung*). It is, however, understood that an authorisation already granted, in accordance with section 8, first paragraph of the Austrian Decree on Trades and Professions, to take up or exercise a trade shall be regarded as a duly established right.

The Austrian Federal Government does not consider the measures at present in force in Switzerland regarding the sojourn and the settlement of foreign nationals as contrary to the provisions of this Treaty. It is, however, understood that Austrian nationals who were established in Switzerland before the introduction of the system of control of foreigners, shall *ipso facto* be regarded as having fulfilled the conditions required by the aliens control department and that Austrian nationals who have received permission to sojourn or establish themselves in Switzerland shall, apart from the professions of chemist and of itinerant trader, enjoy freedom of commerce and industry, in accordance with Article 31 of the Swiss Federal Constitution, except in so far as the regulations and conditions governing the authorisation granted them imposes any limitations in this respect.

In faith whereof the Plenipotentiaries of the two States have signed this Final Protocol, and have thereto affixed their seals.

BERNE, May 25, 1925.

(L. S.) (Signed) MOTTA.

(L. S.) (Signed) DI PAULI.

NOTE FROM THE FEDERAL POLITICAL DEPARTMENT TO THE AUSTRIAN MINISTER AT BERNE.

On the occasion of the exchange of the instruments of ratification of the Treaty concluded on May 25, 1925, between the Swiss Confederation and the Austrian Republic, the undersigned, Head of the Federal Political Department, has the honour to confirm the fact that

Gouvernement fédéral autrichien sont convenus des dispositions suivantes :

1. Les conventions internationales mentionnées ci-après trouveront application dans les rapports entre la Confédération suisse et la République d'Autriche, à savoir :

- a) Déclaration de réciprocité entre le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement d'Autriche-Hongrie au sujet de l'exécution dans le canton de Vaud des jugements civils rendus en Autriche-Hongrie et de l'exécution en Autriche-Hongrie des jugements civils rendus dans le canton de Vaud, des 16 février/7 mars 1885, complétée par la déclaration de réciprocité entre le Conseil d'Etat du canton de Vaud et le Gouvernement autrichien des 9 mars/10 décembre 1897 ;
- b) Déclaration de réciprocité entre le Conseil d'Etat du canton de Zurich et le Gouvernement autrichien concernant l'exécution des jugements en matière civile des 31 janvier/14 mars 1907 ;
- c) Déclaration de réciprocité entre le Conseil d'Etat du Canton de Saint-Gall et le Gouvernement autrichien concernant l'exécution des jugements en matière civile, des 30 décembre 1908/19 février 1909 ;
- d) Convention entre la Suisse et l'Autriche-Hongrie concernant la réciprocité dans l'exercice des professions médicales par les personnes domiciliées à proximité de la frontière, du 29 octobre 1885 ;
- e) Arrangement conclu entre les Gouvernements de la Confédération suisse et de la Monarchie austro-hongroise au sujet du rapatriement d'individus ayant perdu leur droit de cité primitif, des 21/28 octobre 1887 ;
- f) Déclaration de réciprocité entre la Suisse et l'Autriche, de l'année 1898, concernant l'extradition pour menaces d'attentat contre les personnes ;

the Swiss Federal Council and the Austrian Federal Government agreed to the following provisions :

1. The International Conventions hereinafter mentioned will apply in the relations between the Swiss Confederation and the Austrian Republic :

- (a) Declaration of reciprocity of February 16/March 7, 1885, between the Swiss Federal Council and the Austro-Hungarian Government in regard to the execution in the Canton of Vaud of civil judgments given in Austria-Hungary and the execution in Austria-Hungary of civil judgments given in the Canton of Vaud, supplemented by the Declaration of Reciprocity of March 9/December 10, 1897, between the Council of State of the Canton of Vaud and the Austrian Government ;
- (b) Declaration of Reciprocity of January 31/March 14, 1907, between the Council of State of the Canton of Zurich and the Austrian Government regarding the execution of judgments in civil cases ;
- (c) Declaration of Reciprocity of December 30, 1908/February 19, 1909, between the Council of State of the Canton of St. Gall and the Austrian Government regarding the execution of judgments in civil cases ;
- (d) Convention of October 29, 1885, between Switzerland and Austria-Hungary regarding reciprocity in the exercise of their profession by medical practitioners domiciled in the neighbourhood of the frontier ;
- (e) Agreement of October 21/28, 1887, between the Governments of the Swiss Confederation and the Austro-Hungarian Monarchy, regarding the mutual repatriation of former nationals of the two countries ;
- (f) Declaration of Reciprocity of the year 1898 by Switzerland and Austria regarding extradition for threats of violence directed against individuals ;

- g) Arrangement, du 30 décembre 1899, au sujet de la correspondance directe entre les tribunaux et les Ministères publics autrichiens, d'une part, et les autorités judiciaires suisses, de l'autre, dans ce sens qu'à l'article II, la mention des cours de justice et des ministères publics de Prague, Brünn et Trieste tombera, et qu'en outre, les autorités judiciaires suivantes seront ajoutées à la liste des autorités judiciaires suisses qui, aux termes de cet arrangement, peuvent correspondre directement avec les tribunaux autrichiens en matière d'assistance judiciaire : le Tribunal fédéral suisse à Lausanne, le Tribunal fédéral des Assurances à Lucerne, le Ministère public à Berne et la Division de Police du Département fédéral de Justice et Police à Berne ;
- h) Arrangement concernant la correspondance directe entre le Département fédéral de Justice et Police et les autorités provinciales d'Autriche, des 6 mai/17 décembre 1910 ;
- i) Arrangement entre la Suisse et l'Autriche, concernant le droit de refoulement réciproque, sur la ligne de chemin de fer Saint-Margrethen-Bregenz, du 15 mars 1911.
2. La Déclaration de réciprocité entre la Suisse et l'Autriche, de l'année 1921, concernant l'extradition de personnes exterritoriales, est renouvelée.
3. Il est entendu que la réciprocité établie par les ordonnances de l'ancien Ministère autrichien de la Justice des 27 mai 1914 et 2 août 1918, et par les arrêtés du Conseil fédéral suisse des 10 juillet 1914 et 25 octobre 1918, en matière de protection des droits d'auteurs, n'a pas cessé d'exister entre le moment de la dissolution de la Monarchie austro-hongroise et celui de l'adhésion de la République d'Autriche à la Convention de Berne, révisée le 13 novembre 1908, pour la protection des œuvres littéraires et artistiques, c'est-à-dire le 30 septembre 1920, inclusivement.
- (g) Agreement, of December 30, 1899, regarding correspondence between the Austrian courts and public prosecution authorities on the one hand and the Swiss legal authorities on the other, with the proviso that the reference in Article II to the courts of justice and the public prosecution authorities of Prague, Brünn and Trieste should be omitted, and that in addition the following should be inserted in the list of Swiss legal authorities entitled under this Agreement to correspond direct with the Austrian courts in regard to legal assistance : The Swiss Federal Court at Lausanne, the Federal Insurance Court at Lucerne, the Federal Public Prosecutor's Department at Berne and the Police Section of the Federal Department of Justice and Police at Berne ;
- (h) Agreement of May 6/December 17, 1910, regarding correspondence between the Federal Department of Justice and Police and the Austrian Provincial Authorities ;
- (i) Agreement of March 15, 1911, between Switzerland and Austria regarding the right of the two parties to refuse admission to their territory to persons travelling on the St. Margrethen-Bregenz railway.
- (2) The Austro-Swiss Declaration of Reciprocity of the year 1921 regarding the extradition of ex-territorial persons is renewed.
- (3) It is understood that the relations of reciprocity established by the Decrees of the former Austrian Ministry of Justice dated May 27, 1914, and August 2, 1918, and by the Orders of the Swiss Federal Council, dated July 10, 1914, and October 25, 1918, in regard to the protection of authors' rights have continued unbroken from the date of the dissolution of the Austro-Hungarian Monarchy to the date of the adhesion of the Austrian Republic to the Berne Convention, as revised on November 13, 1908, regarding the protection of literary and artistic works, *i.e.*, September 30, 1920, inclusive.

Dans l'attente d'une communication conçue dans les mêmes termes, le soussigné saisit l'occasion pour vous renouveler, Monsieur le Ministre, l'assurance de sa haute considération.

BERNE, le 6 mars 1926.

(Signé) MOTTA.

Remarque. — Une note de même teneur a été adressée à la même date par le ministre d'Autriche à Berne au chef du Département politique fédéral.

NOTE DU DÉPARTEMENT POLITIQUE
FÉDÉRAL AU MINISTRE D'AUTRICHE A BERNE.

A l'occasion de l'échange des instruments de ratification du Traité qui a été conclu, le 25 mai 1925, entre la Confédération suisse et la République d'Autriche, le soussigné, chef du Département politique fédéral, a l'honneur de confirmer que, pour régler le mode de procéder à la remise et à la réception, à la frontière entre la Suisse et l'Autriche, des malfaiteurs extradités, livrés temporairement ou en transit, le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement fédéral autrichien sont convenus des dispositions suivantes :

1. Le Conseil fédéral suisse désigne les localités et les autorités suivantes pour la réception des malfaiteurs conduits directement d'Autriche en Suisse, en cas d'extradition, de livraison temporaire ou de transit :

Numéro courant.	Désignation de la localité suisse de réception.	Désignation de l'autorité suisse de réception.	Désignation de la localité-frontière autrichienne.
1	Rorschach	Préfecture de Rorschach	Bregenz
2	Buchs	Préfecture de Werdenberg à Buchs	Feldkirch

The undersigned awaits a communication in the same terms, and has the honour, etc.

BERNE, March 6, 1926.

(Signed) MOTTA.

Note. — A similar Note was addressed on the same date by the Austrian Minister at Berne to the Head of the Federal Political Department.

NOTE FROM THE FEDERAL POLITICAL DEPARTMENT TO THE AUSTRIAN MINISTER AT BERNE.

On the occasion of the exchange of the instruments of ratification of the Treaty concluded on May 25, 1925, between the Swiss Confederation and the Austrian Republic, the undersigned, Head of the Federal Political Department, has the honour to confirm the fact that the Swiss Federal Council and the Austrian Federal Government agreed to the following provisions regarding the procedure to be followed in connection with the surrender and the taking over at the frontier between Switzerland and Austria of criminals who are being extradited, temporarily surrendered, or surrendered to be conveyed in transit :

(1) The Swiss Federal Council designates as follows the places at which and the authorities by whom offenders brought direct from Austria to Switzerland are to be handed over in the case of their extradition, temporary surrender or surrender in transit :

Consecutive number.	Place in Switzerland where the offender is handed over.	Swiss authority taking over offender.	Austrian village or town on frontier.
1	Rorschach	Cantonal officials at Rorschach	Bregenz
2	Buchs	Cantonal officials at Werdenberg, Buchs	Feldkirch

2. La Chancellerie fédérale de la République d'Autriche désigne les localités et les autorités suivantes pour la réception des malfaiteurs conduits directement de Suisse en Autriche, en cas d'extradition, de livraison temporaire ou de transit :

Numéro courant.	Désignation de la localité autrichienne de réception.	Désignation de l'autorité autrichienne de réception.	Désignation de la localité-frontière suisse.
1	Feldkirch	Préfecture de Feldkirch	Buchs
2	Bregenz	Préfecture de Bregenz	Rorschach
3	Pfunds-Stuben	Tribunal de district de Ried en Tyrol	Martinsbruck

3. Dans chaque cas particulier, la désignation de l'une des localités de réception indiquées appartient aux autorités autrichiennes, si le malfaiteur doit être conduit en Suisse, et aux autorités suisses, s'il doit être conduit en Autriche.

4. Le malfaiteur sera livré dans la localité de réception à l'autorité de réception. Si l'autorité de réception ne se trouve pas dans la localité de réception, ou si le malfaiteur est amené par chemin de fer, il sera remis à l'agent de sûreté (gendarme, douanier, fonctionnaire ou agent de police); en cas de transport par chemin de fer, le malfaiteur sera remis à la gare de la localité de réception.

5. En cas d'extradition à la Suisse, le Département fédéral de Justice et Police doit être averti d'avance de l'arrivée d'un malfaiteur, de manière qu'entre la réception de cet avis et la remise de l'individu en question il s'écoule au moins trois jours.

Le Département fédéral de Justice et Police à Berne informe l'autorité suisse de réception et l'autorité qui requiert l'extradition.

(2) The Federal Chancery of the Austrian Republic designates as follows the places at which and the authorities by whom offenders brought direct from Switzerland to Austria are to be taken over in the case of extradition, temporary surrender or surrender in transit :

Consecutive number.	Place in Austria where the offender is handed over.	Austrian authority taking over offender.	Swiss village or town on frontier.
1	Feldkirch	District representative at Feldkirch	Buchs
2	Bregenz	District representative at Bregenz	Rorschach
3	Pfunds-Stuben	District Court of Ried in Tyrol	Martinsbruck.

(3) If the offender is to be brought to Switzerland, the Austrian authorities shall decide at which of the places specified he is to be taken over, and, if the offender is to be brought to Austria, the place shall be selected by the Swiss authorities.

(4) The criminal shall be surrendered to the authority who is to take him over at the place designated for the purpose. Should the authority not be present at the place at which the offender is to be taken over or should the latter be brought by rail, he will be surrendered to the police agent (gendarme, Customs officer, police official or constable) who has been instructed to receive him; if the criminal is brought by rail, he will be surrendered at the station of the place designated.

5. In the case of extradition to Switzerland the Federal Department of Justice and Police must receive notice of the arrival of a criminal at the place, previously determined, where he is to be handed over, at least three days before his surrender.

The Federal Department of Justice and Police at Berne shall notify the Swiss authorities responsible for taking over the offender and the authorities applying for the extradition.

Le Département de Justice et Police à Berne doit être directement et immédiatement averti, le cas échéant par télégramme, si une maladie ou toute autre cause empêche la remise d'avoir lieu au moment fixé.

Pour les extraditions à l'Autriche, les autorités qualifiées à cet effet de la localité où aura lieu la remise de l'extradé doivent, dans chaque cas particulier, être avisées de la prochaine arrivée du malfaiteur, de manière qu'il s'écoule au moins un jour plein entre le jour de la réception de cet avis et le jour de l'arrivée du malfaiteur.

Ces avis sont, en particulier, de rigueur lorsque, en cas de transport du malfaiteur par chemin de fer, l'agent qui l'accompagne doit être remplacé, dès l'arrivée du train, par l'agent chargé de la réception, de façon à ne pas manquer la correspondance.

6. Quand un malfaiteur est conduit à la frontière pour être extradé ou livré temporairement, il est suffisant, pour que l'autorité compétente soit tenue de le recevoir, que les papiers qui l'accompagnent attestent qu'une juridiction criminelle de l'Etat auquel il est livré a requis, par la voie diplomatique, son extradition ou sa livraison temporaire, et qu'ils désignent cette autorité.

7. Mais, si un malfaiteur est amené à la frontière pour être conduit en transit à un Etat tiers, il ne sera reçu par l'autorité compétente que si l'Etat dont il faut emprunter le territoire a préalablement autorisé son passage et si toutes les mesures ont été prises pour assurer sa réception.

L'autorité qui a la garde du malfaiteur ne pourra le mener à la frontière qu'après avoir été informée de l'autorisation de transit.

8. Si, en même temps que le malfaiteur, sont livrés les corps du délit, des actes ou d'autres objets, l'autorité de réception est chargée de les recevoir et d'en assurer la réexpédition.

If the surrender of an offender cannot take place at the prescribed time on account of his sudden illness or for any other reason, the Department of Justice and Police at Berne must be notified direct and without delay, if necessary by telegraph.

In the case of extradition to Austria, the competent authorities at the place at which the extradited person is to be handed over must in each instance receive notice at least one clear day before the date of his arrival.

These notifications are indispensable, especially when the criminal is conveyed by rail, and has to be handed over by the escort of the one Party to the escort of the other Party in the appointed station immediately on the arrival of the train so that the proper connection may not be missed.

(6) When a criminal is brought to the frontier for extradition or temporary surrender, he must be taken over by the competent authorities if the papers brought with him certify that a Criminal Court of the State to which he is being handed over has applied through diplomatic channels for his extradition or temporary surrender, and if this authority is named therein.

(7) If, however, a criminal is brought to the frontier to be taken in transit to a third State, he will only be taken over by the competent authorities if the Government of the State whose territory must be crossed has previously given authority for him to pass through its territory, and if all arrangements have been made for his being handed over.

The authorities who have the custody of the criminal may not bring him to the frontier until they have been informed that arrangements have been made to take him over.

(8) If *corpora delicti*, papers or other articles are handed over at the same time as the criminal, the authorities responsible for taking him over shall also take over these papers, etc., and shall provide for their safe transmission.

Dans l'attente d'une communication conçue dans les mêmes termes, le soussigné saisit l'occasion pour vous renouveler, Monsieur le Ministre, l'assurance de sa haute considération.

BERNE, le 6 mars 1926.

(Signé) MOTTA.

Remarque. Une note de même teneur a été adressée à la même date par le ministre d'Autriche à Berne au chef du département politique fédéral.

Pour copie conforme,

Berne, le 20 mars 1926.

Le Chancelier de la Confédération,
KÆSLIN.

The undersigned awaits a communication in the same terms, and has the honour, etc.

BERNE, March 6, 1926.

(Signed) MOTTA.

Note. — A similar Note was addressed on the same day by the Austrian Minister at Berne to the Head of the Federal Political Department.